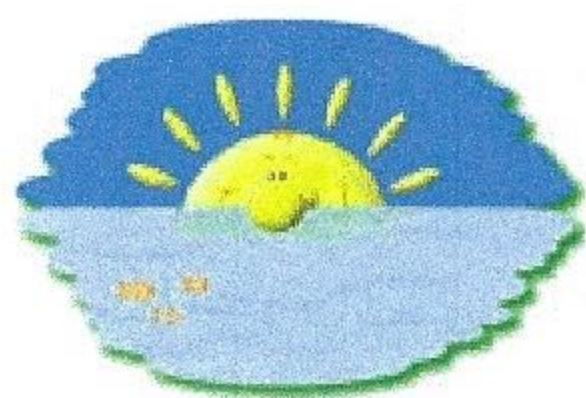


Termine



Allen
Lesern
einen
angenehmen
Sommer!

Herausgeber:
Die Linke. Pankow
Basisorganisationen im Kiez
Post an:
Die Linke.-Geschäftsstelle,
Fenn-Str. 2
13347 Berlin
Tel.: (030) 44 01 77 80
E-Mail:
bezirk@die-linke-pankow.de

Pankow vor einhundert Jahren

(Teil 1)

Zunächst ein Kuriosum:

Obwohl Pankow schon im 13. Jahrhundert entstanden ist, obwohl es 1919 immerhin 58 Tausend Einwohner zählte und obwohl es seit 1903 auch über ein repräsentatives Rathaus verfügte, hatte der Ort bis zu seiner 1920 erfolgten Eingemeindung in die Stadt Berlin niemals Stadtrechte.

Das ist umso weniger verständlich, da Pankow besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine sehr rasche Entwicklung genommen hatte und zunehmend seinen dörflichen Charakter verlor. Erste größere industrielle Ansiedlungen erfolgten u. a. durch die 1874 in der Mühlenstraße eröffnete Mälzerei, durch die 1906 erfolgte Verlegung der Garbaty-Zigarettenfabrik nach Pankow und die seit 1907 bestehenden Bergmann-Elektrizitätswerke.

Vor allem aber hatte sich Pankow zu einem sehr beliebten Ausflugsziel für die Berliner entwickelt. Zu Fuß oder hoch zu Ross, auf Kutschen, mit Kremsern, der Pferdebahn oder der 1895 eröffneten ersten Straßenbahnlinie zogen die Berliner Ausflügler nach Pankow, um sich in den Parks wie zum Beispiel dem Bürgerpark oder in den zahlreichen Gaststätten zu erholen.

Es gab damals zahlreiche Restaurants mit großen Biergärten, in denen die Ausflügler essen, trinken und sogar ein Tänzchen wagen konnten.

Ralph Hoppe nennt in seinem Buch: „Pankow. Zwischen Idylle und Metropole“ einige Beispiele wie das Restaurant Bellevue, das Feldschlöchen, Zum Pankgrafen usw., von denen im heutigen Stadtbild jede Spur fehlt. Von der Popularität Pankows als Ausflugsziel zeugen auch solche Lieder wie „Komm, Karlineke, komm, wir wolln nach Pankow gehen ...“ oder „Bolle nahm zu Pfingsten nach Pankow hin sein Ziel...“ (dazu gibt es auch abweichende Versionen).

Mit der wachsenden Einwohnerzahl begann auch eine soziale Differenzierung in Pankow. Der bekannte Schriftsteller Karl Grünberg schreibt dazu: „In der Zeit um die Jahrhundertwende galten als vornehme Viertel in Pankow: Breite Straße, Kavallerstraße, Parkstraße, Amalienpark, Damerowstraße. Arbeiterviertel waren die Gegend um die Schulzestraße und die Brehmestraße, ferner die Thulestraße“.

Rudolf Dörrier sagte zu diesem Thema in der Berliner Zeitung vom 7.8.1957: „..... Die um die Breite Straße liegenden Stadtviertel tragen die Zeichen sozialer Gegensätze. Der Westen heißt 'Zickenviertel' während der Osten mit 'Geheimratsviertel' titulierte wurde.“

(Teil 2 folgt.)

H. Sommer

KIEZBLATT

Juli 2017

für Kissingen-, Tiroler und Vinetaviertel

Konflikte vermeiden statt zu befeuern

Geht es in der Debatte zu den Bundestagswahlen 2017 um mögliche Koalitionen, steht schnell die Außenpolitik im Mittelpunkt. Rot-Rot-Grün, so heißt es dann, werde damit die größten Schwierigkeiten bekommen. Die Linke sei im Hinblick auf ihre Forderungen nicht regierungsfähig, sagen die einen, SPD und Bündnis 90 /Die Grünen hätten aus der gescheiterten Interventionspolitik der Nato nichts gelernt, kritisieren andere. Wir Linken finden zumindest, dass man mit Krieg nachhaltigen Frieden nicht schaffen kann und die Interventionen der Nato die Welt auch nicht sicherer gemacht haben.

Wichtigster Punkt einer progressiven Außenpolitik wäre ein Politikwechsel in Sachen Rüstungsexporte. Die Linke ist generell dagegen und Bündnis 90/ Die Grünen zumindest gegen Lieferungen in Kriegs- und Krisengebiete. Zwar fordern auch SPD-Politikerinnen und -Politiker immer wieder, dass kein Kriegsgeschützte Regionen aus-

geführt werden solle, dennoch ist unter einem SPD-Wirtschaftsminister der Export weiter angestiegen. Allein 2014 verdoppelte sich die Ausfuhr von Kriegswaffen auf 1,8 Milliarden Euro. Deutsche Waffen töten in aller Welt. Ein Mitte-Links-Bündnis wird damit Schluss machen müssen.

Die Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen zeigen, dass man in keinem dieser Länder durch ausländische Militärinterventionen zu einer Lösung des jeweiligen Konflikts gefunden hat. Oft ist die Lage für das Land und seine Bewohner nur noch schwieriger geworden, da zivile Strukturen zerstört wurden. Unter Rot-Rot-Grün kann es keine Entsendung von Soldaten in solche Kriegseinsätze mehr geben. Das bedeutet jedoch nicht, dass kein Soldat der Bundeswehr mehr im Ausland sein darf. Ein Einsatz wie im Kampf gegen Ebola in Westafrika oder zur Vernichtung von chemischen Waffen wie vor zwei Jahren im Mittelmeer ist nicht ausgeschlossen. Ich bin persönlich auch der Auffas-

sung, dass nach einem entsprechenden Beschluss des UN-Sicherheitsrats entschieden werden muss, zum Beispiel bei einem drohenden Völkermord wie in Ruanda 1994, ob und wie sich die Bundeswehr einbringt.

Vermehrt muss sich Deutschland unter einem Mitte-Links-Bündnis bei der zivilen Konfliktprävention engagieren. Dafür sind die massiven Zuwächse im Verteidigungsetat zugunsten der Haushalte für Entwicklung und Auswärtiges zu verschieben. Ein dringendes Anliegen wäre eine grundsätzliche Reform der UNO in der die Länder des Südens ausreichend repräsentiert sind. Für uns bedeutet die gewachsene Verantwortung in der Welt, die Deutschland zweifelsohne wahrnimmt, ein verstärkter Einsatz für Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Frieden.

Stefan Liebich

Mitglied des Bundestages